

Das Objekt der Bevölkerung – eine wissenschafts- und ideengeschichtliche Annäherung

Nikolai Roskamm

Eingegangen: 30. Mai 2012 / Angenommen: 13. Dezember 2012 / Online publiziert: 9. Januar 2013
© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2012

Zusammenfassung Der Begriff der Bevölkerung ist – anders als der Raumbegriff – kaum im Fokus der Theorie- debatten der sozialwissenschaftlichen und planerischen Raumdisziplinen anzutreffen. Implizit ist die Bevölke- rung jedoch als Komplementär zum Raumbegriff in den raumwissenschaftlichen Ansätzen stets präsent. In diesem Beitrag wird das Objekt der Bevölkerung expliziert und einer wissenschafts-/ideengeschichtlichen Betrachtung unterzogen. Dafür wird erstens der Bevölkerungsbegriff rekonstruiert, den Michel Foucault in seiner Geschich- te der Gouvernementalität entfaltet hat. Zweitens werden die großen bevölkerungswissenschaftlichen Debatten des 19. und 20. Jahrhunderts aufgerufen (Malthus, Marx und Engels, Schmoller, Oppenheimer, Mombert) und dabei die zunehmende Konkretisierung des Bevölkerungsbegriffs untersucht. Drittens wird die Entwicklung der Bevölke- rungswissenschaft zur Bevölkerungspolitik der 1920er bis 1940er Jahre betrachtet und untersucht, auf welche Weise Bewertungssysteme wie Überbevölkerung, Unterbevölke- rung und Bevölkerungsoptimum in diesen Diskurs imple- mentiert werden. Im Fazit wird die These vertreten, dass Raumforschung und Raumplanung zum einen das Objekt der Bevölkerung zur Grundlage haben und dass zum ande- ren dieser Umstand es erfordert, sich mit dem begrifflichen Erbe des Konzepts der Bevölkerung auseinanderzusetzen.

Schlüsselwörter Bevölkerung · Gouvernementalität · Raumwissenschaften · Raumplanung · Wissenschaftsgeschichte · Bevölkerungsdichte · Begriffsgeschichte

The Object of Population: An Epistemological Approach

Abstract Theoretical debates in social and planning sci- ences (like urban planning, urban studies, urban sociology or social geography) are rarely focussing on the term “popu- lation” in an explicit way. But implicitly (and as an object) population is—as a complementary concept to “space”—in the centre of such spatial sciences quite often. The purpose of this paper is to take an epistemological glance at the history of the concept of population. Firstly I trace back to Michel Foucault’s history of governmentality and work out the meaning of population in this context. Secondly I go to the discourses of population sciences that take place in national economy in nineteenth century and reca- pitulate the large debates and their population conception (i.e. Malthus, Marx and Engels, Schmoller, Oppenheimer, Mombert). Thirdly I look at population policy especially in the 1920ies and 1930ies, which handles with concepts like “overpopulation” and “Bevölkerungsoptimum” and which are deeply embedded in the NS-state and its ideology. In my conclusion I bring forward the argument that popula- tion is a fundament of spatial planning and space science (“Raumforschung und Raumplanung”) and that therefore is a demand for a permanent controversy concerning the concept of population.

Keywords Population · Governmentality · Spatial sciences · Spatial planning · Science studies · Population density · History of concepts

Dr. N. Roskamm (✉)
Institut für Stadt- und Regionalplanung,
Technische Universität Berlin,
Hardenbergstraße 40A, 10623 Berlin, Deutschland
E-Mail: n.roskamm@isr.tu-berlin.de

1 Einleitung

Im Zentrum der aktuellen theoriegeleiteten sozialwissenschaftlichen Stadt- und Raumanalysen steht der Raumbegriff. Seit einigen Jahren hat sich in der Forschung und an den Universitäten eine Raumsoziologie (vgl. Löw 2001; Schroer 2006) etabliert, in der wieder erstarkten Humangeographie wird umfangreich der sogenannte *Spatial Turn* diskutiert (vgl. Döring/Thielmann 2008; Roskamm 2012). Auch Stadtplanung und Architektur melden sich im theoretischen Diskurs vor allem als „Raumwissenschaften“ zu Wort. In meinem Beitrag möchte ich auf einen Begriff fokussieren, der in den Theoriedebatten deutlich weniger diskutiert wird: den Begriff der „Bevölkerung“. Dieser Begriff ist – zumindest was die sozial- und planungswissenschaftlichen Disziplinen betrifft – der zum Raum komplementäre Begriff: Auf der einen Seite impliziert „die Bevölkerung“ eine räumliche Abgrenzung, da sie als die Gesamtheit der Personen definiert ist, die in einem bestimmten räumlich abgegrenzten Gebiet leben. Auf der anderen Seite benötigt umgekehrt der Raumbegriff in den Sozial- und Planungswissenschaften die Bevölkerung: In den Sozialwissenschaften, da Raum hier immer im Zusammenhang mit ‚dem Sozialen‘ gedacht wird, und dieses Soziale aus Menschen besteht, die sich zu einer Bevölkerung zusammensetzen; in der (Raum)Planung, weil sich hier auf sozialwissenschaftliche Analysen gestützt wird, und auch, weil sich die Raumplanung auf einer Maßstabebene bewegt, auf der das Soziale mehr oder weniger zwangsläufig zur Bevölkerung transformiert. Während jedoch der Raumbegriff regelmäßig an den Anfang gestellt wird, wenn ein theoretischer Rahmen für eine raumsoziologische, humangeographische oder raumplanerische Analyse gefunden werden soll, ist der Bevölkerungsbegriff in den theoretischen oder begrifflichen Einführungen vergleichsweise selten explizit thematisiert (oder problematisiert). Daher stehen in den Raumwissenschaften auch Geschichte, Beschaffenheit und Auswirkungen des Bevölkerungsbegriffs viel seltener im Fokus, als das beim Thema Raum der Fall ist. Dies ist Begründung und Ansatzpunkt für meinen Beitrag.

Ziel meiner Ausführungen ist es, anhand einer historischen Analyse das Objekt der Bevölkerung in seiner Funktion als begriffliche Voraussetzung von Raumforschung und Raumplanung zu fassen. Die meinem Ansatz vorangestellte These lautet, dass die Bevölkerung für die Raumwissenschaften ein bisher wenig beachtetes begriffliches Erbe darstellt, das bis heute auf die inhaltliche Basis der Disziplin rückwirkt. Meines Erachtens finden sich in der Begriffsgeschichte des Konzepts der Bevölkerung vielfach Ansatzpunkte für eine notwendige Auseinandersetzung mit den wandelbaren und historisch gewachsenen inhaltlichen Fundamenten von Raumforschung und Raumplanung.

Gegliedert ist der Beitrag in drei Schritte: Erstens rekonstruiere ich den Ansatz des französischen Historikers und Philosophen Michel Foucault, der in seiner Geschichte der Gouvernamentalität den Bevölkerungsbegriff ganz in den Mittelpunkt stellt und aus einer wissenschaftsgeschichtlichen Perspektive die Voraussetzungen und Auswirkungen dieses Konzepts analysiert. In einem zweiten Schritt werfe ich einen Blick auf die Disziplin der „Bevölkerungswissenschaften“, die sich im 19. Jahrhundert als Teil der Nationalökonomie gebildet hat. Drittens fokussiere ich auf die Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsplanung, die sich auf die bevölkerungswissenschaftliche Analyse berufen und eine Konkretisierung der dort vertretenen Theorien darstellen. Im letzten Kapitel führe ich aus, weshalb der Begriff der Bevölkerung als Ermöglichungsbedingung und Voraussetzung für die anwendungsorientierte Institution/Disziplin der Raumplanung betrachtet werden kann, und diskutiere, welche Implikationen das mit sich bringt.

2 Bevölkerung und Regierungskunst

In den Jahren 1977 bis 1979 hat Michel Foucault in seiner Vorlesung am Collège de France die „Geschichte der Gouvernamentalität“ (Foucault 2004a, b) ausgebreitet. Thema von Foucaults epistemologischer Studie ist die Entwicklung der „Regierungskunst“¹ seit dem 18. Jahrhundert bis in die heutige Zeit. Foucault berichtet von den wandelbaren Formen, die diese Regierungskunst in den letzten dreihundert Jahren durchlaufen hat – von der Ausgestaltung der Gouvernamentalität in den absolutistischen Staatskonzepten, der Entwicklung des preußischen Polizeistaats, den tiefgreifenden Änderungen durch den aufkommenden ökonomischen Liberalismus und den neoliberalen Staatskonzepten nach 1945. Im Mittelpunkt von Foucaults Analyse stehen die Wahrheitssysteme und „epistemischen Tugenden“ (Daston/Galison 2007: 41), die explizit oder implizit zur jeweiligen Praxis des Regierens geführt und diese begründet haben. Mit Gouvernamentalität bezeichnet Foucault dabei eine Gesamtheit von Machtpraktiken, also nicht nur die ausgeübte Macht des Staates oder die staatliche Macht selbst, sondern die Macht, die sich aus gesellschaftlichen Institutionen und Konventionen, aus Denkstilen, aus Wissensformen und -praktiken zusammensetzt. Die Bedeutung, die Foucault dem Begriff der Bevölkerung zumisst, wird erst dann verständlich, wenn sie in den eigentlichen Ansatz seiner Analyse eingeordnet wird. Foucaults Studie ist nicht als Geschichte, Soziologie oder Ökonomie angelegt, sondern als „Politik der Wahrheit“ (Foucault 2004a: 11; vgl. auch Foucault 2009), und er möchte in seiner Analyse zei-

¹ So lässt sich der Ausdruck „Gouvernamentalität“ am besten umschreiben.

gen, welches die Wirkungen des Wissens sind, „welchen Weg etwas nimmt, wie es sich ereignet, zwischen wem, an welchen Stellen, gemäß welcher Verfahren und mit welchen Wirkungen“ (Foucault 2004a: 13). Entscheidender Punkt für Foucaults Fragestellung ist es, die Rationalitätssysteme zu entschlüsseln, auf denen die Wissensbestände und Machttechniken letztlich beruhen. Es geht also darum, die Begriffe und Techniken in Beziehung mit den die jeweilige Epoche dominierenden Wahrheitskonstruktionen zu bringen und zu zeigen, wie die jeweilige Wahrheit durch die Begriffe und Techniken konstruiert wird. Aus dieser Perspektive ist Foucaults Relevanzbestimmung der Bevölkerung zu betrachten.

Foucaults These ist es, dass von Anfang des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts eine Serie von tiefgreifenden Transformationen im politischen Leben, in der politischen Reflexion und in der politischen Wissenschaft stattgefunden hat und dass sich diese Transformationen mit dem Aufkommen des Begriffs der Bevölkerung zeigen, oder genauer: dass sich diese Transformationen durch die Ausarbeitung des Begriffs der Bevölkerung vollziehen. Die historische Transformation, auf die Foucaults Analyse hinausläuft und die er zu erklären versucht, ist der Wechsel der alten absolutistischen, auf einen einzelnen Herrscher zugeschnittenen und das Volk als Untertanen definierenden polizeistaatlichen Regierungsweise zu einer neuen Form der Regierungskunst, in der sich weltliche, aufgeklärte und demokratische Denkformen abzuzeichnen beginnen. Mit der Bevölkerung wird dabei eine Perspektive eingeführt, die es ermöglicht, mit einer Vielzahl von Individuen umzugehen und eine abgeschlossene Gesamtheit zu betrachten beziehungsweise bearbeitbar zu machen. Die Bevölkerung (diese Perspektive, diese Möglichkeit) wird im 18. Jahrhundert zur Hauptzielscheibe der Gouvernamentalität, zu ihrem eigentlichen Gegenstand, und zwar insbesondere in zwei Bereichen: als wichtigste Wissensform der politischen Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument der Sicherheitsdispositive. Foucault bezeichnet die Bevölkerung als eine neue Figur des politischen Denkens, als kollektives „Subjekt-Objekt“ (Foucault 2004a: 117) und er arbeitet heraus, dass mit der Einführung der Bevölkerung erst das Feld eröffnet wird, das in der Neuzeit wieder Politik genannt wird (Foucault 2004a: 403).

Eng verwoben mit dem Begriff der Bevölkerung ist das Aufkommen der Statistik und damit der „großen Zahl“ (vgl. dazu auch Gamper 2007). Die Statistik ist die Kenntnis des Staates, die Kenntnis der Kräfte und Ressourcen, die einen Staat charakterisieren und damit vor allem die Kenntnis der Bevölkerung, die Messung ihrer Quantität und die Einteilung in bearbeitbare Einheiten. Dieses „Ensemble technischer Kenntnisse“ charakterisiert nach Foucault nun die Realität des Staates selbst (Foucault 2004a: 396). Ein solches Wissen lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor und es gab auch keinen Apparat, der dieses Wissen erheben konnte. Das

Denken eines administrativen Apparates für die Erhebung und Definition von Bevölkerungswissen und die Umsetzung dieses Denkens stellen nach Foucault eine ganz wesentliche Dimension der Regierungskunst und der Machtausübung dar und ergeben eine Form von „gouvernementaler Vernunft“, eine spezifische Weise zu denken, zu rasonieren und zu berechnen (Foucault 2004a: 415).

Die Rationalitätssysteme und Wahrheitskonstruktionen, das ist der zentrale Punkt in Foucaults Analyse, basieren auf den jeweiligen Konzeptionen von Natur. Entscheidend für Foucault ist daher das Verhältnis, das zwischen Bevölkerung und Natur besteht, und seine These lautet, dass ab dem 18. Jahrhundert die Bevölkerung als ein Naturphänomen wahrgenommen wurde. Die Bevölkerung wurde seitdem als eine Gesamtheit von Vorgängen betrachtet, die in ihrer Natürlichkeit und ausgehend von dieser Natürlichkeit zu verwalten ist (Foucault 2004a: 108). Die „Naturalität“ verortete sich in der „Tatsache der Bevölkerung“, und zwar einer Tatsache, die als „den Techniken der Transformation zugänglich“ konstruiert wurde (Foucault 2004a: 110). Diese Veränderbarkeit hatte dabei jedoch zur Voraussetzung, dass die Transformationstechniken selbst aufgeklärt, analytisch und vorausschauend gedacht wurden. Die Natur der Bevölkerung, so lautete die Lesart der neuen gouvernementalen Vernunft, sei so beschaffen, dass der Staat und die Verwaltung „im Inneren dieser Natur, mit Hilfe dieser Natur, wegen dieser Natur“ ihre spezifischen Praktiken entwickeln und gestalten müssen (Foucault 2004a: 114). Mit der Idee einer „Verwaltung der Bevölkerungen“ (Foucault 2004a: 162) wurde der alten, auf einem ethisch-juridischen System beruhenden Konzeption der Regierung ein entgegengesetztes Konstrukt gegenübergestellt. Das neue Objekt hatte eine ganz andere „Dichte, Stärke und Naturalität“ als jene Untertanen, die dem alten Souverän unterstanden. Dies machte eine neue Funktion des Staates kenntlich, nämlich die „Übernahme der Verantwortung“ (Foucault 2004a: 505) für die Bevölkerung. Die Bevölkerung als Menge von Untertanen wurde abgelöst von der Bevölkerung als einer Gesamtheit natürlicher Phänomene (Foucault 2004a: 505). Die Einführung der Bevölkerung als ein natürliches Phänomen hatte dabei insgesamt betrachtet zwei neue Sichtweisen zur Folge: Zum einen wurde impliziert, dass sich das Phänomen nicht einfach per Dekret ändern ließ, zum anderen setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Bevölkerung „kein unzugängliches, undurchdringliches Wesen“ ist (Foucault 2004a: 110). Die Einführung des Objekts der Bevölkerung als durchdringbare, stets von komplexen und modifizierbaren Variablen abhängige Naturalität, so resümiert Foucault (2004a: 111), bewirkte eine entscheidende Wandlung in der Organisation und der Rationalisierung der Gouvernamentalität.

Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gibt es einen weiteren wichtigen Einschnitt in der Kunst des Regierens.

Triebkraft dieser neuen Form der gouvernementalen Vernunft ist die Etablierung des ökonomischen Denkens. Mit dem Durchbruch des liberalistischen Credo verkleinerte sich rapide das Interesse, reglementierende Systeme zu schaffen beziehungsweise durchzusetzen, und fortan wurde es dem Staat zum Grundprinzip, die natürlichen Prozesse „zu achten“ oder sie zumindest „zu berücksichtigen“, sie „im Wettbewerb spielen zu lassen oder mit ihnen zu spielen“ (Foucault 2004a: 505). Die ökonomische Empfehlung lautete (und lautet bis heute), die Konkurrenz zwischen den einzelnen Interessen unangetastet zu lassen. Und genau dieses Spiel des Interesses von Einzelpersonen, die sich gegenseitig Konkurrenz machen und jeder für sich ihr eigenes Profitmaximum suchen, soll es dem Staat (und auch der ganzen Bevölkerung) ermöglichen, von den Vorteilen des Verhaltens der Einzelnen zu profitieren. Bei dieser Erzählung hängt das Wohl der Allgemeinheit nicht mehr von einem autoritären Eingreifen des Staates ab, der in Gestalt der Polizei den Raum, das Territorium und die Bevölkerung reglementiert, sondern es wird durch das Verhalten eines jeden sichergestellt (Foucault 2004a: 497). Die Grenze, die der Gouvernementalität durch den ökonomischen Liberalismus gesetzt wird, ist jedoch nicht nur als eine negative Grenze konstruiert. Innerhalb des gouvernementalen Feldes erscheint ein ganzer Bereich von möglichen und notwendigen Interventionen, die weniger die Form von Verboten und Restriktionen haben, sondern von Beeinflussung, Anreiz, Erleichterung und Geschehen: „Man wird verwalten, und nicht mehr reglementieren müssen“ (Foucault 2004a: 506). Foucault interpretiert den Wandel vom absolutistischen Souverän zu einer ökonomisch geprägten gouvernementalen Vernunft als ein „unaufhörliches Spiel zwischen den Machttechniken und ihrem Objekt, das nach und nach die Bevölkerung und ihre spezifischen Phänomene im Realen und als Realitätsfeld angelegt hat“ (Foucault 2004a: 119 f.). Nach Foucault (2004a: 162) bilden die Komplexe der Regierung, der Bevölkerung und der politischen Ökonomie seit dem 18. Jahrhundert insgesamt eine dauerhafte Serie, die bis heute noch nicht aufgelöst ist. Die politische Ökonomie ist zugleich Wissenschaft und Interventionsfeld der Regierung und für beide ist die Bevölkerung Gelegenheit und Ziel.²

² Foucault unterscheidet von diesem Liberalismus in seiner traditionellen Gestalt den Neoliberalismus (den Liberalismus in seiner modernen Gestalt), der nach 1945 vor allem in Deutschland zum hegemonialen Diskurs geworden ist. Der zentrale Unterschied zwischen Liberalismus und Neoliberalismus besteht nach Foucault darin, dass der frühe Liberalismus letztlich doch eine Begrenzung des Staates zum Ziel hatte, während der Neoliberalismus umgekehrt einen Staat erst zu begründen hatte, und zwar einen Staat, dessen Aufgabe es sein sollte, ein solches liberales Wirtschaften zu ermöglichen und zu gewährleisten: „Der Neoliberalismus stellt sich also nicht unter das Zeichen des Laissez-faire, sondern im Gegenteil unter das Zeichen einer Wach-

Die Formen der Gouvernementalität sind nach Foucault untrennbar mit der Bildung eines Wissens über die Vorgänge verbunden, die sich im weiten Sinne um die Bevölkerung drehen. Und dieses Wissen wird ab dem späten 18. Jahrhundert zum Kern der politischen Ökonomie (Foucault 2004b: 33). Den Begriff der Bevölkerung sieht Foucault als Transformationsoperator, der den Übergang der „Ensembles von Wissensarten zu den Wissenschaften vom Leben, von der Arbeit und der Produktion ... kippen ließ“ (Foucault 2004a: 119). Und seit der Konstituierung der Bevölkerung als Korrelat der Machttechniken habe es sich gezeigt, wie sich eine ganze Serie von Gegenstandsbereichen für mögliche Wissensarten öffnete. Umgekehrt konnte sich „die Bevölkerung als privilegiertes Korrelat der modernen Machtmechanismen konstituieren, fortsetzen, erhalten, weil diese Wissensarten ohne Unterlaß neue Gegenstände anlegten“ (Foucault 2004a: 120). Der Begriff der Bevölkerung ermöglichte damit die Entwicklung eines wissenschaftlichen Rationalismus und eines ökonomischen Liberalismus, und zwar wiederum durch ein Naturverständnis, welches Determinierung und Gestaltbarkeit von gesellschaftlichen Naturverhältnissen gleichzeitig denkt. Auch für die liberalen Ökonomen des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung weder absolut gegeben noch war sie eine unbegrenzt veränderbare Gegebenheit (Foucault 2004a: 495). Die Ökonomie und das mit ihr transportierte wirtschaftsliberale Denken, deren Deutungsmacht von nun an rapide zunahm, steckten nach Foucault ein Wirklichkeitsfeld ab, in dem der Naturalität der Bevölkerung weiterhin eine entscheidende Rolle zukommt: Foucault setzt den Bevölkerungsbegriff damit als eine (möglicherweise sogar als *die*) Grundbedingung der Moderne.

3 Bevölkerungswissenschaften

Die Bedeutung, die dem Objekt der Bevölkerung für die politische Ökonomie zukommt, manifestiert sich in der Entstehung der Disziplin der „Bevölkerungswissenschaft“. Dieser Wissensbereich etablierte sich zunächst Ende des 18. Jahrhunderts als ein zentraler Teil der Nationalökonomie und hat bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts eine exponierte Stellung im gesamten sozial- und geisteswissenschaftlichen Diskurs eingenommen. Viele der großen politischen und gesellschaftlichen Debatten jener Zeit wurden von der Bevölkerungswissenschaft initiiert und von den dort vertretenen inhaltlichen Positionen maßgeblich bestimmt. Der Gründungstext der Bevölkerungswissenschaft ist das im Jahre 1798 erstmals veröffentlichte „Essay on the Principle of Population“ des englischen Geistlichen und National-

samkeit, einer Aktivität, einer permanenten Intervention“ (Foucault 2004b: 188).

ökonom Thomas Robert Malthus, mit dem das ‚Bevölkerungsproblem‘ zu einem ausgiebig verhandelten Thema in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte wurde. Kern von Malthus’ Theorie ist die These, dass die menschliche Bevölkerung die beständige Tendenz habe, sich über die Menge ihrer Unterhaltungsmittel hinaus zu vermehren. Malthus errechnete, dass sich die Bevölkerung alle 25 Jahre verdopple (Malthus 1977: 22) und die Produktivitätssteigerung mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten könne. Diese Behauptung ist Malthus’ zentrales Argument: Das Wachstum der Bevölkerung vollziehe sich in geometrischer Progression, die Produktion von Nahrungsmitteln könne dagegen nur in arithmetischer Reihe wachsen.³ Daher habe der Mensch von Natur aus die dauernde Tendenz, sich weit über das Maß der für ihn bereitstehenden Nahrungsmittel zu vermehren. Malthus konstruiert daraus die permanente Gefahr einer „Überbevölkerung“, und zwar als Naturgesetz, das man nicht ändern, dessen Folgen man im besten Falle lindern könne. Die „Vermehrungskraft der Bevölkerung“ sei „unbegrenzt größer als die Kraft der Erde, Unterhaltungsmittel für den Menschen hervorzubringen“ (Malthus 1977: 18), die „natürliche Ungleichheit, die zwischen den beiden Kräften ... besteht“, bilde die „gewaltige, mir unüberwindlich erscheinende Schwierigkeit bei der Vervollkommnungsfähigkeit der Gesellschaft“ (Malthus 1977: 19). Die Auswirkungen dieser beiden ungleichen Kräfte, so folgert Malthus (1977: 159), müssten im Gleichgewicht gehalten werden. Malthus konstatiert unterschiedliche Dynamiken der beiden Prozesse und leitet daraus ein Handlungserfordernis für die staatliche Regulierung der Bevölkerungspolitik ab. Die Bevölkerungsgröße müsse sich an den Stand respektive an die Dynamik der Entwicklung des Nahrungsspielraumes anpassen, es liege am Menschen, ob er dies freiwillig tue oder nicht (vgl. Khalatbari 1999: 13).

Malthus’ These wurde zu einem Meilenstein der klassischen politischen Ökonomie. Gleichzeitig entwickelte sich anhand seiner Argumentationslinien jedoch auch eine scharfe Kontroverse, zu der unter anderem Karl Marx und Friedrich Engels umfangreich beigetragen haben. Engels bezeichnet Malthus’ Bevölkerungstheorie als „das raueste barbarischste System, das je existierte, ein System der Verzweiflung, das alle jene schönen Redensarten von Menschenliebe und Weltbürgertum zu Boden schlug“ (Engels 1844: 380). Marx charakterisiert Malthus’ Essay als ein „schülerhaft oberflächliches und pfäffisch verdekliertes Plagiat“, das „von der englischen Oligarchie als der große Austilger aller Gelüste nach menschlicher Fortentwicklung“

jubilend begrüßt worden wäre (Marx 1890: 553). Falsch und kindisch sei Malthus’ Auffassung, „weil er die Überpopulation in den verschiedenen historischen Phasen der ökonomischen Entwicklung als gleichartig“ betrachte, ihren „spezifischen Unterschied“ jedoch nicht verstehe und diese „sehr complicirten und wechselnden Verhältnisse daher stupid auf Ein Verhältniß“ reduziere (Marx 1859: 494). Malthus verwandele „die historisch verschiedenen Verhältnisse in ein abstraktes Zahlenverhältnis das rein aus der Luft gefischt ist und weder auf Naturgesetzen, noch auf historischen beruht“ (Marx 1859: 494 f.). Marx leitet aus der vehementen Kritik an Malthus schließlich seinen eigenen Theorieansatz ab und verwendet Malthus’ Überbevölkerungsbegriff als Baustein seiner kritischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. „Überbevölkerung“ ist nach Marx (1890: 567) der „Hebel der kapitalistischen Akkumulation“. Der kapitalistischen Produktion genüge nicht das „Quantum disponibler Arbeitskraft“, welches der natürliche Zuwachs der Bevölkerung liefere, zu „ihrem freien Spiel“ bedürfe sie einer „von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee“ (Marx 1890: 570). Je größer aber diese Reservearmee „im Verhältniß zur aktiven Arbeiterarmee“ sei, desto massenhafter sei auch die „konsolidierte Arbeiterklasse“. Und je größer die „Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee“, desto größer wäre der „offizielle Pauperismus“. Dieser Zusammenhang sei „das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (Marx 1890: 578). Marx relativiert damit nicht nur den Malthus’schen Begriff der „Überbevölkerung“, sondern deutet ihn komplett um. Bei Malthus ist die „Überbevölkerung“ ein überflüssiger, wertloser Teil der Bevölkerung, gegen dessen Ausdehnung staatliche Maßnahmen zu ergreifen sind (beziehungsweise staatliche Maßnahmen zu unterlassen sind, die eine solche Ausdehnung befördern könnten). Bei Marx ist die „Überbevölkerung“ ein sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergebender und für diese zwingend erforderlicher Bestandteil des Systems.

Auch aus dem Umfeld der sogenannten „Kathedersozialisten“ (vgl. Henßler/Schmid 2007: 10) wurde um die Jahrhundertwende gegen Malthus’ Theorie Stellung bezogen. Die hier vorgetragenen Positionen arbeiten sich ebenfalls am „Problem der Bevölkerung“ (Henßler/Schmid 2007: 10) ab, allerdings wird das Malthus’sche Argument gedreht. Die Kernthese der reformerischen Meinung ist, dass erst ein bestimmtes Verhältnis von Bevölkerung zur Fläche die notwendige kulturelle und ökonomische Kraft hervorbringe, die in der Lage ist, für ausreichende Subsistenzmittel der Bevölkerung zu sorgen. So bezeichnet der deutsche Ökonom Gustav Schmoller eine „gelungene Verdichtung der Bevölkerung“ als das Resultat „vollendeter Staatskunst und höchster Kultur“ (Schmoller 1919: 189). Er bestreitet, dass es eine „absolute Überbevölkerung“ gebe (oder je gegeben habe). Er definiert die zyklisch wiederkehrende „relative

³ Malthus argumentiert mit der Angabe von exakten Zahlenreihen. „The human species would increase as the numbers 1, 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256; and subsistence as, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. In two centuries the population would be to the means of existence as 256 to 9; in three centuries, as 4096 to 13; and in two thousand years the difference would be almost incalculable“ (Malthus 1798: 8).

Überbevölkerung“ durch die Frage, ob eine „solche Dichtigkeit“ herrsche, die „gegenüber den vorhandenen Lebensbedingungen und volkswirtschaftlichen Aussichten als Druck empfunden werde“ und konstruiert sie als historische Notwendigkeit sowie als Bedingung des Fortschritts (Schmoller 1919: 189). Das Bevölkerungsproblem, so Schmollers Fazit, greife in alle Lebensgebiete hinein und fordere überall „Zucht und Selbstbeherrschung, Weitsicht und tatkräftiges Handeln“ (Schmoller 1919: 190). Auch das „tüchtigste Volk“ würde die zwei „selbstständigen Bewegungen der zunehmenden Menschenzahl und des wirtschaftlichen Fortschritts nie ganz in Übereinstimmung bringen können“ und müsse sich darum bemühen, die „Dissonanzen zu mildern in dem Maße, wie es moralisch, geistig und technisch sich vervollkommenet“ (Schmoller 1919: 191).

Ausgangspunkt des Soziologen und Nationalökonom Franz Oppenheimer ist wiederum eine grundsätzliche und vehemente Kritik an Malthus. Der Malthusianismus jongliere mit Zahlen und habe daher keine „logische und materielle Grundlage“, weshalb er auch nicht mit logischen und materiellen Gründen widerlegt werden könne (Oppenheimer 1901: 382). Oppenheimer formuliert, die gesellschaftliche Kooperation Sorge dafür, dass der Mensch „in dem Maße, wie sich die Bevölkerung verdichtet“, mit immer besseren Kenntnissen und immer wirksameren Werkzeugen bei seiner Nahrungsbeschaffung ausgestattet werden würde“ (Oppenheimer 1901: 382). Auch Oppenheimer kehrt die negative Moralisation der Bevölkerungsdichte in ihr Gegenteil und schreibt ihr die Ursache für das Wachstum der Wirtschaft zu: Die Größe des Marktes sei eine einfache Funktion der Dichte, jede Verdichtung der Bevölkerung ergebe die Vergrößerung des Marktes, die dann zu größerer Arbeitsteilung und höherer Produktivität führe (Oppenheimer 1901: 302). Die Produktivität der Industrie und der Dienstleistungssektoren würde von einer steigenden Bevölkerungsdichte daher grundsätzlich positiv beeinflusst. Oppenheimer (1929: 57) kommt zum Ergebnis, dass „leider, oder vielmehr zum Glück“ die Voraussetzungen dieser Debatte falsch seien und der Ansatz der Rechenexempel daher unbrauchbar.

Eine kritische, aber nicht grundsätzlich ablehnende Weiterbearbeitung von Malthus' These findet sich bei Paul Mombert, der in seiner *Bevölkerungslehre* (1929) ausführlich das bevölkerungswissenschaftliche Bewertungssystem und dessen Grundbegriffe rekapituliert. Kern dieses Systems sei die Annahme, dass es als Grenzstein ein „Bevölkerungsoptimum“ gebe, welches „die Untervölkerung von der Überbevölkerung scheidet“ (Mombert 1929: 241). Die Abweichungen von diesem Optimum könne man „ganz allgemein als Über- und Untervölkerung bezeichnen“. Beide Male handele es sich um „Relationsbegriffe“, die besagten, dass „die Volkszahl an einer anderen Größe gemessen, zu groß oder zu klein“ sei (Mombert 1929: 241). Die „optimale Volkszahl“ wird von Mombert definiert als Quotient

des Verhältnisses von (optimalem) Nahrungsspielraum zu (optimierter) Lebenshaltung.⁴ „Überbevölkerung“ bestimmt Mombert als „einen Zustand, bei dem das zahlenmäßige Verhältnis der Volkszahl gegenüber dem Nahrungsspielraum im Vergleich zu einer vorangegangenen Zeit ungünstiger geworden“ sei (Mombert 1929: 268). Das Maßgebende für eine Überbevölkerung seien immer Änderungen in dem Größenverhältnis zwischen „Volkszähl und Nahrungsspielraum mit ihrem Einfluß auf die Lebenshaltung“ (Mombert 1929: 269). Auch das Thema „Untervölkerung“ bespricht Mombert ausführlich und zitiert die von der anti-malthusianischen (pro-natalistischen) Bewegung propagierten Parole „je mehr Untertanen, desto mehr Steuerzahler, desto mehr Soldaten“ (Mombert 1929: 248). Er berichtet von der Gefahr einer „langsamen Überfremdung“ (Mombert 1929: 248) und erläutert diese Gefahr mit der These, dass wenn „ein Land hinter der normalen Bevölkerungsdichtigkeit, die seine ökonomische Arbeit an sich zulassen würde“, zurück bleibe, „zwischen diesem Lande und den Ländern mit übermäßiger oder dichter Bevölkerung ein unaufhaltsamer Menschenstrom“ entstehe (Mombert 1929: 249). Das „Volkswachstum“, so formuliert Mombert (1929: 412), sei ein „Lebensgesetz der Völker“. Mombert entwickelte seine Theorie in einem Umfeld, das bereits stark mit völkischen, nationalen, rassistischen und biologistischen Stimmungen durchsetzt gewesen ist. Er reproduziert den bevölkerungswissenschaftlichen Diskurs und das System der Bevölkerungslehre mit ihren Begriffen Überbevölkerung, Unterbevölkerung und Bevölkerungsoptimum und trägt damit zu einer Verfestigung eines Denkstils bei, der die Welt über den Blick auf das Verhältnis von Bevölkerung zu Fläche (zum Raum) erklären möchte. Schließlich schuf Mombert mit seiner Formel und dem Modell des Bevölkerungsoptimums eine wichtige Voraussetzung für die planerische Anwendung, die dann auch nur wenig später in der deutschen Raumplanung folgen sollte.

Das Objekt der Bevölkerung, so lässt sich dieser kurze Einblick in einige der wichtigsten Positionen der Bevölkerungswissenschaft zusammenfassen, ist in den Diskursen des 19. und des 20. Jahrhunderts fest verankert. Dominierend ist ein Denken, das in den Begriffen „Überbevölkerung“, „Unterbevölkerung“ und „Bevölkerungsoptimum“ seinen Ausdruck findet und dabei die jeweils konzipierte Naturalität der Bevölkerung reproduziert. Ständig umkreisen die entsprechenden Debatten das Thema der natürlichen Kausalität, die dem Bevölkerungsbegriff mitgegeben wird und sich mithilfe von Ausdrücken wie „Bevölkerungsdruck“ vor allem auch in den parallelen geopolitischen

⁴ Ein Ergebnis von Momberts Ausführungen ist die Formel $L=N/V$, wobei L die Lebenshaltung ist, N der Nahrungsspielraum und V die Volkszahl (Mombert 1929: 444). Das Bevölkerungsoptimum kann nach Mombert durch Transformation der Formel bestimmt werden: $V=N/L$.

Debatten ausbreitet (etwa bei Friedrich Ratzel und Karl Haushofer). Zentrale Kategorie des Bevölkerungsdenkens ist dabei die Bevölkerungsdichte, die nicht nur unterschiedliche Positionen, sondern auch verschiedene Disziplinen miteinander verbindet (vgl. Roskamm 2011). Ob die Bevölkerungsdichte nun als negatives oder als positives Merkmal konstruiert wird, ist dabei eine Frage, die sich nur auf der vordergründigen Ebene stellt. Entscheidend ist es vielmehr, dass sich bei all diesen Positionsbestimmungen der Bevölkerungsbegriff selbst im Mittelpunkt befindet. Und diese Analyse trifft auch – um noch einmal die Argumentationslinie von Foucault aufzugreifen – auf die Kontroverse zwischen Malthus und Marx/Engels zu. Der dort verhandelte „viel zitierte Gegensatz“ (Foucault 2004a: 117) ist für Foucault in erster Linie der Beweis dafür, dass das Problem der Bevölkerung bis noch ins 19. Jahrhundert das zentrale Anliegen des gesamten Denkens der politischen Ökonomie gewesen ist. Während Malthus das Problem der Bevölkerung wesentlich als ein Problem der Bio-Ökonomie begreift, versucht Marx die Problematik zu umgehen und den Begriff der Bevölkerung auszulagern, um sie dann doch in der eigentlich nicht mehr bio-ökonomischen, sondern historisch-politischen Gestalt der Klasse, des Klassen Gegensatzes und des Klassenkampfes wiederzufinden. Der historische Bruch zwischen dem ökonomischen Denken der politischen Ökonomie in Begriffen der Bevölkerung und dem historischen Denken des Marxismus in Begriffen der Klassen beruht nach Foucault (2004a: 118) also auf der gleichen Basis: auf der Bevölkerung.

4 Bevölkerungspolitik

Anfang des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Bevölkerungswissenschaft in zweifacher Hinsicht. Zum einen löste sich die Bevölkerungslehre von der Nationalökonomie und beanspruchte einen Platz als eigenständiger disziplinärer Bereich. Während diese Abkoppelung in den Wirtschaftswissenschaften zu einer Abkehr von demographischen Fragestellungen führte, verschob sich der Schwerpunkt in der Bevölkerungswissenschaft zur Biologie und zur Medizin (Marschalck 1999, 2002). Die Bereiche Volks-, Kulturboden- und Raumforschung sowie die „Rassenhygiene“ und die „Eugenik“ wurden zu Kernbereichen der Disziplin (vom Brocke 2002). Zum anderen gewann die Praxis- und Nachfrageseite der Bevölkerungslehre an Bedeutung und wurde dabei zu einem wichtigen Baustein des nationalsozialistischen Begründungszusammenhangs. Die biopolitisch begründete ethnische Homogenisierung und Segregation (die Inklusion des „Eigenen“ und die Exklusion des „Fremden“) bildeten in der Weimarer Republik den politischen Hintergrund für den weiteren Aufstieg des Bevölkerungsdenkens (Pinwinkler 2006a: 23 ff.). Die natio-

nale Gesundheits- und Sozialpolitik orientierte sich rhetorisch zunehmend am „Volkkörper“, in den politischen und wissenschaftlichen Diskursen wurde es selbstverständlich, zwischen „lebenswerten“ und „lebensunwerten“ Leben zu unterscheiden (Ehmer 2004: 30). In der akademischen und praxisorientierten Wissenschaft waren in den 1920er Jahren die Konzeptionen einer „rassenhygienischen“ Bevölkerungspolitik weit verbreitet und gesellschaftlich akzeptiert, und viele Bevölkerungswissenschaftler entwickelten explizit bevölkerungspolitische Ambitionen. Dieser Diskurs wurde in den 1930er Jahren mehr und mehr radikalisiert, von vielen Strömungen in Politik, Wissenschaft und Verwaltung wurde nun die Realisierung von bevölkerungspolitischen Maßnahmen vehement gefordert (Ehmer 2004: 33).

Die in der Bevölkerungslehre entwickelten Konzepte „Überbevölkerung“ und „Unterbevölkerung“ standen für diese bevölkerungspolitischen Debatten bereit, wobei sich die bevölkerungspolitische Propaganda sowohl der Überbevölkerungs- als auch der Unterbevölkerungsthese bediente. Zum einen wurde eine Gefahr der „Überbevölkerung“ heraufbeschworen und ein „Bevölkerungsdruck“ behauptet. Anhand des Verhältnisses „Bevölkerung zur Bodenfläche“ wurde ein herrschender „Bevölkerungsdruck“ konstruiert und damit der deutsche Expansionsdrang begründet und legitimiert. Zudem wurde für Osteuropa eine „Überbevölkerung“ behauptet und in Malthus'scher Tradition als sozialer Missstand konstruiert, aus dem die Gefahr eines politischen Umsturzes hervor gehe. Zum anderen wurde aber auch die Gefahr der „Unterbevölkerung“ beschworen und damit die Angst vor einem Geburtenrückgang und die Sorge um die „Arterhaltung“ zum Ausdruck gebracht. Im Jahr 1911 erschien in Deutschland erstmals der Begriff „Geburtenrückgang“ in der bevölkerungswissenschaftlichen Diskussion (Marschalck 1999: 54). Bald formierte sich eine – insbesondere durch die katholische Kirche unterstützte – Gegenbewegung zum „Antinatalismus“ der Neomalthusianer, die fortan den Geburtenrückgang „publizistisch bekämpfte“ (Grundmann 2004: 328) und damit die Bevölkerungspolitik in das Zentrum einer weiteren umfangreichen öffentlichen Diskussion rückte. Das öffentliche Interesse an diesem Thema wurde zu einer „wahren Obsession“ und führte als „Scharnier zwischen Nationalsozialismus und Biologismus“ zu einer „biologistischen Aufladung“ der aufkommenden nationalsozialistischen Bewegung (Ehmer 2004: 26).

Für den Überbevölkerungsdiskurs steht unter anderem Theodor Oberländer, Direktor des einflussreichen Instituts für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg. Oberländer gelang es in seiner Argumentation mühelos, den bevölkerungswissenschaftlich (respektive volkswirtschaftlich) erprobten und eingeführten Theorieansatz mit der NS-Ideologie und ihrer Unterscheidung in „notwendige“ und „nicht notwendige“ Bevölkerung zu verbinden. Oberländer

diagnostizierte mit volkswirtschaftlichen Methoden (unter anderem mit der Bevölkerungsformel von Mombert) „Überbevölkerung“ im osteuropäischen Raum und analysierte, die „agrарische Überbevölkerung“ mache das Land anfällig für eine Revolution nach russischem Vorbild (Oberländer 1940: 52). Unter anderem quantifiziert Oberländer „die agrарische Überbevölkerung des Generalgouvernement“: Zwei Drittel der Bevölkerung seien für die dort betriebene Landwirtschaft „nicht notwendig, obwohl sie davon leben“ (Oberländer 1940: 52). Weiter führt er aus, dass „der Bedarf des Reiches an Arbeitskräften während des Krieges“ zwar für die „agrарische Überbevölkerung sehr gute Arbeitsmöglichkeiten“ geschaffen habe, diese jedoch nicht von Dauer wären, weil „die Einheit an Blut und Boden die Beschäftigung polnischer Landarbeiter bald nach dem Kriege“ ausschließe (Oberländer 1940: 52). Armut, Arbeitslosigkeit und alle anderen sozialen Probleme begriffen Bevölkerungswissenschaftler und „Sozialingenieure“ (Heinemann 2004) wie Oberländer als Folge eines ständig wachsenden „Menschenüberschusses“, dessen Lösung die Reduzierung des „Bevölkerungsdrucks“ sein müsse (vgl. Aly/Heim 1991: 109).

Protagonist der Unterbevölkerungsthese war dagegen Friedrich Burgdörfer, der führende Bevölkerungsstatistiker seiner Zeit (Vienne 2004: 154). Burgdörfer veröffentlichte im Jahr 1932 erstmals seine Schrift *Volk ohne Jugend*, die in der deutschen Öffentlichkeit großen Anklang fand. Auch Burgdörfer liefert eine Variante des „Volk-Raum-Problems“ und beklagt, dass das deutsche Volk seinen „eigenen Bestand durch Kinderlosigkeit und Kinderarmut und damit auch den ihm verbliebenen Raum“ gefährden würde (Burgdörfer 1935: 434). Wahrer „Lebensraum“, so erläutert Burgdörfer (1935: 434) seine These, würde nur „durch deutsche Geburten und deutschen Willen“ gewonnen. Burgdörfer bezeichnet den „Geburtenschwund“ und die „Überalterung des deutschen Volkskörpers“ als „die Lebensfrage des deutschen Volkes“ (Burgdörfer 1935: 434). Es gebe nur einen Ausweg, nämlich die hoffnungsmutige und glaubensstarke Tat, zu der „die nationalsozialistische Regierung, wie keine vor ihr, berufen und entschlossen“ (Burgdörfer 1935: 491) sei. Zur „Lösung des inneren Raumproblems“ propagiert Burgdörfer die „Verwurzelung der städtischen Familien im heimischen Boden“ und die „Auflockerung der Großstädte“ durch „Förderung der Rück- und Umsiedlung von der Stadt aufs Land“ (Burgdörfer 1935: 491). Burgdörfer fasst die bevölkerungspolitische Doktrin zusammen: Eine „volks- und rassenbewusste“ Bevölkerungspolitik werde „quantitative und qualitative Ziele miteinander verbinden und zugleich anstreben müssen“. Das Mindestziel einer solchen „eugenisch orientierten Bevölkerungspolitik“ sei die „Erhaltung des Volksbestandes nach Zahl und Art“ (Burgdörfer 1935: 453). Der offensichtliche Widerspruch zwischen Unterbevölkerungsthese und Überbevölkerungsthese wurde im Bevölkerungsdiskurs der 1920er und 1930er Jahre

kaum thematisiert. „Überbevölkerung“ wie „Unterbevölkerung“ wurden einfach gleichzeitig behauptet, „man konnte damit leben“ (Grundmann 2004: 330). Dem Widerspruch der „Bevölkerungsfrage“ wurde (wenn er überhaupt zur Kenntnis genommen wurde) mit der Argumentation begegnet, dass der „Bevölkerungsdruck“ eben auch bei schrumpfender Bevölkerung entstände, nämlich dann, wenn das Wachstum der gesellschaftlichen Bedürfnisse das Schrumpfen der Bevölkerung kompensiere. Damit wurde wiederum auf Momberts Theorie rekurriert (Grundmann 2004: 330).

Eine wichtige disziplinäre Neugründung im Kontext der Bevölkerungswissenschaften und -politik war schließlich die Raumplanung, als deren Wurzeln die englische Regionalplanung und die deutsche Landesplanung Anfang des 20. Jahrhunderts gelten. Ziel der Raumplanung war es, die Verwerfungen des industriellen 19. Jahrhunderts zu korrigieren, die räumliche Entwicklung der Bevölkerung zu beherrschen und zu organisieren und somit eine neue Ordnung von Volk, Wirtschaft und Siedlung zu schaffen (Leendertz 2008: 93). Etabliert hat sich die deutsche Raumplanung vor allem im NS-Staat, in dem die wichtigsten Einrichtungen gegründet und wesentliche Begriffe der Disziplin und der Institution, wie Raumordnung, Tragfähigkeit und Zentrale Orte, geprägt wurden. In der NS-Zeit wurde die Raumplanung auf eine Stufe „professioneller Perfektion“ geführt, die die Fortschreibung des raumplanerischen Projekts nach 1945 erst ermöglichte (von Petz 1999: 83). 1935 wurde vom Reichsminister Hans Kerrl die „Reichsstelle für Raumordnung“ gegründet, 1936 erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *Raumforschung und Raumordnung*. Mit dem Begriff Raumordnung wurde der umfassende Gestaltungsanspruch der Raumplanung bekräftigt und das aus dem geopolitischen Diskurs importierte Raumkonzept mit dem insbesondere durch die klassische Moderne protegierten Ordnungs- und Bevölkerungsdenken verbunden. Der Ansatz, durch Planung einen Raum ‚neu ordnen‘ zu wollen, ist somit einerseits eng verbunden mit dem nationalsozialistischen Diskurs, entspricht andererseits aber auch dem von vielen Sozialreformern verfolgten umfassenden Planungsanspruch (Leendertz 2008: 98 ff.). In der nationalsozialistischen Propaganda wurde Raumordnung als „natürliches“ Erfordernis konzipiert, hervorgerufen durch die im geopolitischen Diskurs behauptete „Raumnot“ des deutschen Volkes (Meyer 1937: 434). Die „Raumnot“ diente dabei sowohl der Legitimation der deutschen Expansionsbestrebungen als auch der Begründung für die nach innen gerichtete Ordnungsaufgabe.

Ein zentrales Analyse- und Planungsinstrument der Raumplanung war das Konzept der „Tragfähigkeit“ (vgl. Roskamm 2011: 179 ff.). Mit diesem aus dem geopolitischen Diskurs stammenden Konstrukt, das etliche Anleihen aus der Bevölkerungslehre und Bevölkerungswissenschaft sowie deren Bewertungssystemen nimmt, wurde in der Raumplanung ein Theorieansatz entwickelt, der die Bestim-

mung und Durchsetzung eines „Bevölkerungsoptimums“ für eine Nation oder eine Region zum Ziel hatte. Der wichtigste Protagonist des Tragfähigkeitskonzeptes in der Raumplanung war Gerhard Isenberg, der „entscheidende Mann“ für die Grundlagenforschung der Ostplanung der SS (Gutberger 1996: 404). Isenberg definiert „Tragfähigkeit“ als „optimale Bevölkerungsdichte“, als „die Zahl der Menschen, die in einem Raum unter einigermaßen gesicherten Verhältnissen leben, d. h. ihren Unterhalt und ihre Existenz finden können“ (Isenberg 1941: 5 f.). Das „größtmögliche Verhältnis der Bevölkerung zum besiedelten Raum“ nennt Isenberg (1941: 5) „Volksdichte“. Die inhaltliche Klammer für Isenbergs Tragfähigkeitsrechnung war der Gedanke der rationalen und der rationellen Organisation der Bevölkerung und Siedlung im Raum. Das Konzept basiert auf der Annahme, dass die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen im Raum statistisch erfassbar und berechenbar sind. Mit diesem Ansatz versuchten die Raumplaner, die Wirklichkeit in Bezug auf ein rechnerisch ermitteltes Optimum umzugestalten (vgl. Leendertz 2008: 173). Die Bedeutung beider Konzepte liegt – in Kontinuität der Bevölkerungswissenschaft und Momberts Bevölkerungsformel – in der „Reduktion komplexer sozialer Vorgänge und Gegensätze auf mathematische Kürzel“, die „den planerischen, ‚logisch‘ erscheinenden Zugriff auf die widersprüchliche Realität“ erlaubte (Aly/Heim 1991: 106).

Der Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ bewirkte für die Bevölkerungswissenschaft und -politik aufgrund ihrer „eugenischen“, rassistischen und antisemitischen Bestandteile und ihrer massiven Verstrickungen in den Kern des NS-Apparates (und dessen Ideologie) eine deutliche Zäsur. Viele der Protagonisten der Bevölkerungswissenschaft, die das Forschungsfeld „Bevölkerung“ in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ geprägt hatten, fanden zwar bald wieder Anschluss an ihre wissenschaftlichen oder politischen Laufbahnen, und in den demographischen Diskursen der frühen Bundesrepublik wurde an die Forschungen vor 1945 angeknüpft (Pinwinkler 2006b). Als eigenständige Disziplin blieb die wissenschaftliche und politische Bedeutung der Bevölkerungslehre in Deutschland jedoch erst einmal deutlich geringer und konnte nicht an ihre Rolle vor dem Krieg anknüpfen. Zudem hatten sich inzwischen die Wirtschaftswissenschaften (als eigentliche Heimat der Bevölkerungslehre) weitgehend von der „Bevölkerungsfrage“ gelöst und anderen Themen zugewandt. Damit verlor die Bevölkerungswissenschaft nach 1945 nicht nur erheblich an politischem Einfluss, sondern auch ihre disziplinäre Verortung. Unter dem Namen „Demographie“ wurde die Bevölkerungswissenschaft nach und nach zu einer weitgehend von Rassenparadigma und „Eugenik“ befreiten Randdisziplin transformiert. Dabei setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass Bevölkerungstheorien grundsätzlich keine „biologischen Gesetze“ sein können, da der

„geschichtliche Mensch“ keine „Fruchtfliege und kein Hefepilz“ sei und daher auch nicht wie Fruchtliegen und Hefepilze „gegenüber äußeren Situationen invariant“ reagieren würde (Mackenroth 1953: 326). Deshalb sei die Bevölkerungsentwicklung kein naturwissenschaftlich greifbares Phänomen, sondern eine sozialwissenschaftliche Kategorie.

5 Bevölkerung, Raumplanung und Raumforschung

Der Blick auf das Objekt der Bevölkerung hat gezeigt, wie sich der Begriff im 18. Jahrhundert als Ziel des Regierungshandelns entwickelt hat, wie der ökonomische Liberalismus die Bevölkerung als Forschungs- und Bearbeitungsgegenstand adaptierte, wie sich in diesem Rahmen die Bevölkerungswissenschaft etablierte und wie sich auf deren theoretischen Grundlagen eine Bevölkerungspolitik emanzipierte, die insbesondere in den 1920er bis 1940er Jahren ihre Hochphase erlebte. Das Scharfstellen auf die Konzepte der Naturalität, die mit dem Bevölkerungsdenken vermittelt werden und die Michel Foucault in seinen Studien so in den Vordergrund gestellt hatte, bietet einen Zugang auf das begriffliche Erbe, das mit der Kategorie der Bevölkerung untrennbar verbunden ist. Das Objekt der Bevölkerung steht für den interdisziplinären Ansatz, Probleme von der ‚Bevölkerungsseite‘ her lösen zu wollen: zum einen in der Theorie (als Analyse-kategorie), zum anderen in der Politik (als Maßnahmekategorie). Dieser Ansatz lässt sich immer wieder auf die Struktur der Malthus‘-schen Argumentation rückbeziehen, nämlich auf das Konstrukt, eine ‚natürliche‘ Problemlage (das exponentielle Bevölkerungswachstum im Vergleich zur arithmetischen Steigerungsfähigkeit des Nahrungsspielraums) zu behaupten und als Konsequenz die Manipulation des Bevölkerungswachstums als politische Aufgabe zu propagieren.

In neuerer Zeit ist das Konstrukt Bevölkerung in das Zentrum der Debatte um die Aufarbeitung des Nationalsozialismus gerückt. Dabei geht es zum einen um die theoretischen Ursprünge der ‚Bevölkerungsfrage‘ respektive des ‚Bevölkerungsproblems‘, um das Aufzeigen der aus dem national-konservativen wissenschaftlichen und politischen Milieu stammenden Entwicklungspfade, auf denen sich das Bevölkerungsdenken in der Geographie und Nationalökonomie bewegte. Kernthese in dieser Debatte ist, dass der Nationalsozialismus keine irrationale und unerklärliche Naturerscheinung ist, sondern auf einer Vorgeschichte aufbaut und sich aus einer langen theoretischen Tradition herausgebildet hat. Diese Argumentation widerspricht der nach 1945 (und teils bis heute) gepflegten Attitüde, sich einfach auf die Zeit vor dem Nationalsozialismus zu berufen und damit eine Kontinuität der theoretischen Ansätze zu legitimieren. Die Bedeutung des Objekts der Bevölkerung in den nationalsozialistischen (oder diesen vorbereitenden)

Diskursen führt zu der Frage, ob das eine mit dem anderen zusammenhängt. Diese Frage stellt etwa der Bevölkerungswissenschaftler Hansjörg Gutberger anhand von Isenbergs Tragfähigkeitskonzept. Er kommt zu dem Ergebnis, dass es sich dabei um eine „mehr oder weniger sozialanalytisch verklausulierte Umsetzung nationalsozialistischen Rassenwahns“ handle (Gutberger 1996: 406) und dass der „schillernde Begriff der Tragfähigkeit auf spezifische Weise in der Raumforschung in eine Grauzone“ geriet, in der „wissenschaftliche Analyse und politisch-administrative Steuerung nur noch schwer zu unterscheiden waren“ (Gutberger 2004: 213). Insgesamt bezeichnet Gutberger Isenbergs Konzept als „technokratisch-rationales Ordnungsschema“, das allerdings „zumindest kein spezifisch nationalsozialistisches Gedankengut beinhaltet“, es sei denn, dass „jede Analyse, die Bevölkerungszahl und Raumfläche in Beziehung zueinander setzt, von Nazi-Ideologie nicht zu unterscheiden“ sei (Gutberger 1996: 405).

Natürlich ist es keine „Nazi-Ideologie“, Bevölkerungszahl und Raumfläche miteinander in Beziehung zu setzen. Der Umkehrschluss, dass das Konstrukt nichts mit NS-Ideologie zu tun habe, dass die „Konzepte der Tragfähigkeit und Bevölkerungsdichte“ lediglich „durch die Bevölkerungspolitik der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ missbraucht worden seien (Bähr 1992: 5), ist meines Erachtens jedoch eine ebenso unzulässig reduzierende Interpretation. Das Objekt der Bevölkerung ist sicherlich keine NS-Ideologie. Es ist jedoch festzuhalten, dass dieses Objekt mit dem NS-Diskurs eng verwoben ist und dass Bevölkerung und Bevölkerungsdichte nicht zufällig bei Isenberg oder Burgdörfer ein solch hoher Stellenwert gegeben wurde. Das Objekt der Bevölkerung ist im nationalsozialistischen und im völkisch-konservativen Diskurs umfangreich eingesetzt worden und war zu jenen Debatten hoch kompatibel. Bei einer historisch-kritischen Analyse ist es daher unvermeidlich zu untersuchen, weshalb und worin diese Kompatibilität bestand. Dabei ist die Bevölkerungspolitik des NS-Staates sicherlich nicht die einzig mögliche Richtung des Bevölkerungsdenkens. Eine historische Entwicklungsform, zu der dieses Denken geführt hat, ist die nationalsozialistische Ideologie aber auf jeden Fall. Gutberger untersucht in diesem Zusammenhang die Frage, weshalb ein „Denkstil“, der in den radikalen Planungen im NS-Staat Anwendung fand, dies auch im demokratischen Nachkriegsdeutschland tun konnte. Er führt aus, dass es zu einfach wäre, dies allein auf restaurative Tendenzen im Umfeld, auf personale Kontinuitäten und mangelndes demokratisches Bewusstsein der Wissenschaftler zurückzuführen und dabei den Blick von jenen Ordnungsbildern abzuwenden, die den Erkenntnisprogrammen inhärent waren (Gutberger 2004: 214). Gutberger bezeichnet den Begriff „Denkstil“ als „Genese und Entwicklung des wissenschaftlichen Erkennens“, als „gleichgerichtete Bereitschaft“ und „selektive Wahrnehmung

empirischer Materialien im Hinblick auf ideal entworfene Bilder (des ‚Volkes‘, der ‚Gesellschaft‘)“ (Gutberger 2006: 17 f.) und wirft die Frage auf, ob „der Wahrheitsanspruch von Wissenschaft“ nicht auch deshalb gefährdet sei, weil „innerhalb ihrer Erkenntnisapparate unerkannte, über lange Perioden gültige Ordnungsvorstellungen und Zugänge zur Beschreibung der (sozialen) Welt“ übermittelt werden würden (Gutberger 2004: 215).

Bei aktuellen Einordnungen des nationalsozialistischen Diskurses wird häufig auf den Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und Moderne abgestellt und der Nationalsozialismus als „eine spezifische Mischung aus modernisierenden Effekten und antimodernen Ideologien“ bezeichnet (Gutberger 2006: 6). Die „antimoderne Entwicklungslinie“ beruht dieser Einschätzung nach auf dem völkisch national-konservativen und naturdeterministischen Diskurs, das „moderne Element“ des Nationalsozialismus zeigt sich dagegen im Versuch, die Natur komplett zu beherrschen, also im Glauben an die Gestaltbarkeit aller Natur- und Sozialverhältnisse durch den Menschen. Nach Zygmunt Bauman war „die nationalsozialistische Revolution ein gigantisches Projekt des Social Engineering“, ein groß angelegter Versuch, die gesellschaftlichen Strukturen nach zuvor festgelegten Optimierungskriterien künstlich zu formen (Bauman 1994: 81). In den Diskursen der Geographie, der Bevölkerungswissenschaft und der Raumplanung ist es dabei letztlich darum gegangen, die „Produktivität der Bevölkerung“ zu steigern. Diese Sichtweise ist von den Nationalsozialisten radikalisiert und zur „Menschenökonomie“ ausgebaut worden (Leendertz 2008: 61). Gutberger fragt schließlich, ob die den Arbeiten der NS-Strategen zugrunde liegenden Methodologien nicht ein „fatales Wissenschaftsverständnis transportieren“ (Gutberger 2004: 211) und ob die Reduktion des Sozialen (der Bevölkerung) auf ein „technokratischer Steuerung zugängliches Objekt“ nicht den „für Bürokratien in totalitären Gesellschaften nützlichsten Wissenschaftstypus“ darstelle (Gutberger 1996: 477).⁵

Gerade auf dem Feld der Raumplanung und Raumforschung geben diese Analysen Anlass für eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber historisch gewachsenen Denkstilen und Begriffen. Und aus diesem Grunde habe ich in diesem Text den Blick auf das Objekt der Bevölkerung vorgeschlagen. Raumplanung und Raumforschung haben zu allen drei historischen Bevölkerungsdiskursen, von denen hier berichtet worden ist, eine direkte Verbindung: Die gouvernementale Zuwendung zum Bevölkerungsbegriff trägt deutliche Züge einer Regierungs- und Verwaltungspraxis, die später mit dem Namen Raumplanung bezeichnet worden ist. Die nationalökonomische Bevölkerungswissenschaft hat in ihren Debatten des 19. Jahrhunderts zur Ausarbeitung der

⁵ Ähnlich argumentieren – bezogen auf die Geschichte der Stadtplanung – auch Häußermann/Läpple/Siebel (2008: 76 f.).

Bevölkerungskonzeptionen geführt, die im Kern des klassischen raumplanerischen Denkens stehen und überhaupt erst zur Institutionalisierung der Disziplin geführt haben (vgl. die empfehlenswerte Ideengeschichte der Raumplanung bei Leendertz 2008). Und die Bevölkerungspolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist der Kontext, in dem sich die Raumplanung schließlich als staatliche und universitäre Institution etabliert hat. Das aktuelle Selbstverständnis der Raumplanung basiert oftmals auf der These, dass ökologische und soziale „Überforderungen des Raums“ eine planvolle systematische und vorausschauende „Bewirtschaftung des gesamten Lebensraumes“ unumgänglich machen (Turowski 2005: 894). Raumplanung wird bis heute als eine umgangssprachliche und somit gesetzte Grundwahrheit konstruiert (Turowski 2005), also als etwas, was Foucault Naturalität nennen würde. Insbesondere in der kritischen Sozialgeographie wurde – mit Bezug auf den Raumbezug – die naturalistische Färbung der entsprechenden Debatten bereits umfangreich kritisiert (vgl. Hard 2008; Werlen 2010). Die hier vertretene These ist zum einen, dass der Bevölkerungsbegriff zentral für das raumplanerische Denken ist und dass zum anderen mit dem Bevölkerungsbegriff ebenfalls eine problematische Naturalität transportiert wird. Raumplanung und Raumplanungsforschung sind aus dieser Perspektive als Bereiche zu identifizieren, in denen auch heute ein ‚Bevölkerungdenken‘ umfangreich verbreitet ist (vgl. etwa die Raumordnungsberichte der Bundesregierung und die „Grundsätze der Raumordnung“ im Raumordnungsgesetz). Bei raumplanerischen Raumbewertungen stehen regelmäßig und ganz selbstverständlich Verluste und Zunahmen der Bevölkerung und der Versuch der Steuerung solcher Bewegungen im Vordergrund. Dieser Fokus hantiert mit einem begrifflichen Instrumentarium, das – wie jedes begriffliche Instrumentarium – für eine spezifische Perspektive, für eine bestimmte Herangehensweise steht.

Dass in den raumplanerischen Debatten häufig Argumente und Positionen vertreten werden, die den Argumenten und Positionen aus den bevölkerungspolitischen Debatten der 1920er und 1930er Jahre (etwa den Ausführungen in Momberts *Bevölkerungslehre* (1929)) ähneln, kann aus dieser Perspektive als Kontinuität eines mit dem Bevölkerungsbegriff transportierten Denkens identifiziert werden. Zu beobachten ist das etwa bei den Diskussionen um den „demographischen Wandel“, die in vielen politischen und fachlichen Debatten enormen Anklang finden, denen aber vor allem in den Planungsdisziplinen große Bedeutung beigemessen wird (vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2007; Arbeitskreis Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung 2010; Küpper 2011). In solchen (wieder) auf die „Bevölkerungsfrage“ fokussierenden Debatten werden die bevölkerungswissenschaftlichen Bewertungssysteme („Überbevölkerung“, „Unterbevölkerung“, „Bevöl-

kerungsoptimum“) in offener oder verdeckter Weise oftmals reaktiviert. Die in der demographischen Debatte gezeichneten Szenarien (und die politischen Reaktionen darauf) bleiben sich dabei „eigenartig gleich“ (Marschalck 1999: 55). Diese Gleichheit ist mit der Kontinuität jener Konzeptionen von Naturalität zu erklären, die Michel Foucault anhand des Bevölkerungsbegriffs herausgearbeitet hat. Der implizite Naturalismus des Konzepts der Bevölkerung wird dabei in den gegenwärtigen Diskursen nicht erst bei den Thesen von Thilo Sarrazin spürbar, die ganz unmittelbar Argumentationsmustern folgen, wie sie in der Bevölkerungspolitik der 1920er bis 1940 Jahren üblich gewesen sind (Sarrazin 2010). Aufdeckung und Hinterfragung der oft hinter dicken historischen Schichten verborgenen Wahrheits- und Rationalitätssysteme, die mit dem disziplinär eingeübten Fokus auf das Objekt der Bevölkerung ständig reproduziert werden, sind daher gerade für die raumplanerische und raumwissenschaftliche Forschung so erkenntnisbringend wie unverzichtbar.

Literatur

- Aly, G.; Heim, S. (1991): Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg.
- Arbeitskreis Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung (2010): Perspektiven für die Stadt-, Regional- und Raumentwicklung. Sankt Augustin.
- Bähr, J. (1992): Bevölkerungsgeographie. Berlin/New York.
- Bauman, Z. (1994): Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels. Berlin/Bonn. = Werkstatt: Praxis, Heft 49.
- Burgdörfer, F. (1935) [1932]: Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers. Heidelberg/Berlin.
- Daston, L.; Galison, P. (2007): Objektivität. Frankfurt am Main.
- Döring, J.; Thielmann, T. (Hrsg.) (2008): Spatial Turn: Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld.
- Ehmer, J. (2004): „Nationalsozialistische Bevölkerungspolitik“ in der neueren historischen Forschung. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaften und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen, 21–44.
- Engels, F. (1844): Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: Marx-Engels Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Band II (1970). Glashütten im Taunus, 379–404.
- Foucault, M. (2004a): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität 1. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. (2004b): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität 2. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. (2009): Der Mut zur Wahrheit. Frankfurt am Main.
- Gamper, M. (2007): Masse lesen, Masse schreiben. Eine Diskurs- und Imaginationsgeschichte der Menschenmenge 1765–1930. München.
- Grundmann, S. (2004): Bevölkerungswissenschaften im und vor dem „Dritten Reich“ – das Raum-Problem. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungswissenschaften und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen, 319–335.

- Gutberger, H. (1996): Volk, Raum und Sozialstruktur. Münster.
- Gutberger, H. (2004): Sozialstrukturforschung und Sozialraumforschung in den Sozial- und Bevölkerungswissenschaften zwischen den 1930er und 1950er Jahren. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen, 207–218.
- Gutberger, H. (2006): Bevölkerung, Ungleichheit, Auslese. Perspektiven sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung in Deutschland zwischen 1930 und 1960. Wiesbaden.
- Häußermann, H.; Läßle, D.; Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- Hard, G. (2008): Der Spatial Turn, von der Geographie her beobachtet. In: Döring, J.; Thielmann, T (Hrsg.): Spatial Turn: Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften. Bielefeld, 263–316.
- Heinemann, I. (2004): Ambivalente Sozialingenieure? Die Rasseexperten der SS. In: Hirschfeld, G.; Jersak, T (Hrsg.): Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz. Frankfurt am Main, 73–95.
- Henßler, P.; Schmid, J. (2007): Bevölkerungswissenschaft im Werden. Die geistigen Grundlagen der deutschen Bevölkerungssoziologie. Wiesbaden.
- Iserberg, G. (1941): Die Tragfähigkeit des deutschen Ostens an landwirtschaftlicher und gewerblicher Bevölkerung. Leipzig.
- Khalatbari, P. (1999): Malthus' Lehre, eine kritische Analyse. In: Khalatbari, P.; Otto, J (Hrsg.): 200 Jahre Malthus. Wiesbaden, 11–24. =Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 96.
- Küpper, P. (2011): Regionale Reaktionen auf den demographischen Wandel in dünn besiedelten, peripheren Räumen. Berlin. =IÖR-Schriften, Bd. 53.
- Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.
- Löw, M. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main.
- Mackenroth, G. (1953): Bevölkerungslehre. Berlin.
- Malthus, T. R. (1798): An Essay on the Principle of Population as it affects the future Improvement of Society, with Remarks on the Speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other Writers. London.
- Malthus, T. R. (1977) [1798]: Das Bevölkerungsgesetz. München.
- Marschalck, P. (1999): Malthusianismus, Neomalthusianismus und Bevölkerungswissenschaft. In: Khalatbari, P.; Otto, J (Hrsg.): 200 Jahre Malthus. Wiesbaden, 50–62. =Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 96.
- Marschalck, P. (2002): Zwischen Ökonomie und Biologie. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933. Opladen, 105–120.
- Marx, K. (1859): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Teil. In: Marx/Engels Gesamtausgabe (1981). Zweite Abteilung, Bd. 1. Berlin, 315–747.
- Marx, K. (1890): Das Kapital. Kritik der ökonomischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx/Engels Gesamtausgabe (1991). Zweite Abteilung. Bd. 10. Berlin, 1–697.
- Meyer, K. (1937): Volk, Staat und Raum. In: Raumforschung und Raumordnung 1, 11, 429–437.
- Mombert, P. (1929): Bevölkerungslehre. Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie. Jena.
- Oberländer, T. (1940): Die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement. In: Das Generalgouvernement 1, 47–52.
- Oppenheimer, F. (1901): Das Bevölkerungsgesetz des T.R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. In: Oppenheimer, Franz (1995): Gesammelte Schriften, Bd. 1. Berlin, 281–384.
- Oppenheimer, F. (1929): Weltprobleme der Bevölkerung. Leipzig.
- Pinwinkler, A. (2006a): „Assimilation“ und „Dissimilation“ in der „Bevölkerungsgeschichte“, ca. 1918 bis 1960. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungsforschung und Politik in Deutschland im 20. Jahrhundert. Wiesbaden, 23–48.
- Pinwinkler, A. (2006b): „Bevölkerungsgeschichte“ in der frühen Bundesrepublik Deutschland: konzeptionelle und institutionengeschichtliche Aspekte. In: Historical Social Research 31, 4, 64–100.
- Roskamm, N. (2011): Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Bielefeld.
- Roskamm, N. (2012): Das Reden vom Raum. Zur Aktualität des Spatial Turn – Programmatik, Determinismus und „sozial konstruierter Raum“. In: Peripherie 126/127, 171–189.
- Sarrazin, T. (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.
- Schmoller, G. (1919) [1901]: Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Erster Teil. München.
- Schroer, M. (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Frankfurt am Main.
- Turowski, G. (2005): Raumplanung (Gesamtplanung). In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 893–898.
- Vienne, F. (2004): Die „Lösung der Bevölkerungsfrage“ im Nationalsozialismus. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“. Opladen, 151–164.
- vom Brocke, B. (2002): Die Förderung der institutionellen Bevölkerungsforschung in Deutschland zwischen Weltkrieg und Diktatur. In: Mackensen, R. (Hrsg.): Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933. Opladen, 39–60.
- von Petz, U. (1999): Raumplanung und ‚Moderne‘. In: Schmals, K. (Hrsg.): Was ist Raumplanung? Dortmund, 75–90. =Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Blaue Reihe, Bd. 89.
- Werlen, B. (2010): Gesellschaftliche Räumlichkeit. Stuttgart.